



Nummer 4 des 50. Jahrgangs am 22. Februar 2023

*Eine chaotische Akin, ja schon!
Inland, Ausland, bunt gemischt!
Aber irgendwie hat diesmal fast alles irgendwas mit diesen seltsamen "Völkern" zu tun...*

Staaten haben keine Menschen- rechte

**Nach dem letzten
"Im Zentrum" muß ich mich
leider wiederholen.
Denn die absurden
Argumentationslinien in der
Ukraine-Debatte wiederholen
sich ja auch.
Vor allem auf Twitter.
Und sie kommen oft von
Leuten, die sich für links
halten.**

Die Frage der Moral: Stellen Sie sich vor, Ihre Nachbarin wird vergewaltigt. Darum geht es!" Man könnte meinen, jetzt kommt: 'Würden Sie den Angreifer mit Gewalt davon abhalten?' und die Frage wäre eine aus einer Zivildienstkommission aus den 80ern. Aber nein, es ist ein Statement von Oberst Reisner bei "Im Zentrum" zum Thema Ukraine-Krieg. Diese Redefigur gilt heute als seriöse Argumentation. Wenn man viel auf Social Media unterwegs ist, findet man dieses Gleichsetzen eines Staates mit Einzelpersonen, Familien oder Wohnungen ständig. Gerade Leute, die sich als links verstehen, und alt genug sind, daß sie sich in den Zeiten der ZD-Kommission, genau über diese Fangfragen — je nach Temperament — echauffiert oder lustig gemacht haben, reproduzieren jetzt dieses Bild. Es ist aber immer

noch so: Menschen haben Menschenrechte! Staaten haben keine! Muß ich wirklich schon wieder Tucholsky zitieren? Nein, nicht das mit den Soldaten und den Mördern, auch wenn das hier wohl auch paßt, sondern seinen kurzen Text "Blick in ferne Zukunft": "Es gibt einen Organismus, Mensch heißen, und auf den kommt es an. Und ob der glücklich ist, das ist die Frage. Daß der frei ist, das ist das Ziel. Gruppen sind etwas Sekundäres — der Staat ist etwas Sekundäres. Es kommt nicht darauf an, daß der Staat lebe — es kommt darauf an, daß der Mensch lebe."

Die UN-Charta ist kein moralisches Konzept. Es geht darin nicht um ein "Selbstbestimmungsrecht der Völker" sondern um das Existenzrecht von Staaten. Das Selbstverteidigungsrecht von Staaten und das Verbot von Angriffskriegen sind Anliegen der Verrechtlichung von Konflikten, um reale Machtverhältnisse abzubilden und wirklich große Kriege damit zu vermeiden. Denn wer die Macht hat, hat das Recht — das ist innerhalb von Staaten so und das ist auch zwischen den Staaten so. Die Idee des Sicherheitsrates beruht nicht auf Naturrecht, sondern darauf, daß die stärksten Imperialmächte sich gegenseitig daran hindern sollen, einen Weltkrieg zu entfachen. Das Grundprinzip ist: Wenn wir die kleinen Kriege lediglich regulieren, aber weiterhin führbar halten, besteht die Hoffnung, daß sich die Weltmächte damit zufriedengeben. Nicht zufällig sind es genau diese Vetomächte, denen die sogenannte Internationale Gemeinschaft den Besitz von Atomwaffen zugesteht.

Ähnlich fragwürdig sind andere Argumentationsmuster. In erwähn-

ter Sendung meint der ukrainische Botschafter, eine Umfrage hätte ergeben, daß 90% der Bevölkerung in der Ukraine dafür wären, den Krieg bis zur "Befreiung aller Gebiete" weiterzuführen. Sorry, echt? Wenn staatlich organisierte Umfragen etwas anderes ergeben hätte, wäre es wohl sehr verwunderlich. Glaubwürdig ist das allerdings noch weniger wie das Ergebnis der Volksabstimmung auf der Krim 2014 und das will was heißen! Auf Twitter hingegen wird das jedoch unter dem Hashtag #ImZentrum überhaupt nicht angezweifelt, jedoch empört man sich darüber, daß der ORF eine Umfrage präsentierte, daß in Österreich eine klare Mehrheit für Friedensgespräche sei. Ein Mitglied der Piratenpartei twitterte: "Nun werden Umfragen präsentiert, wer für 'weiter kämpfen' ist bzw wer diesen Krieg gewinnen wird. Polen glaubt an die Ukraine, Deutschland weniger, Österreich ist zu 2/3 für Friedensgespräche. Da muss man sich dann ja auch fragen, was da in der Redaktion los ist." Ein anderer User kommentierte, dies stütze "den dringenden Verdacht, dass ORF russisch unterwandert" sei.

Generell war auf Twitter die Verdammung vor allem der Einladungspolitik des ORF das Thema — man könne doch nicht Leute einladen, die anderer Meinung als der Botschafter oder der Oberst seien! Inclusive der Bestätigung von Godwin's Law — Rudi Fussi twitterte: "Irgendwie packe ich das nicht. Da werden Putin-Versteher eingeladen. Wir hätten wahrscheinlich auch Hitler-Biographen damals hingesetzt."

Das bezog sich auf den Journalisten Hubert Seipel. Als aber die ebenfalls auf Twitter verdamm-

te deutsche Linke-Abgeordnete Özlem Alev Demirel, ansprach, daß die Kiewer Regierung Streumunition verlangt, wurde das nicht thematisiert. Kein Wunder: Kiew argumentierte ja, diese Munition solle doch nur auf eigenem Territorium eingesetzt werden. Wenn man weiß, daß diese Waffentechnik deswegen pönalisiert ist, weil sie die Zivilbevölkerung besonders gefährdet, und die ukrainische Regierung damit ihrer eigenen Bevölkerung ausrichtet, wie wurscht sie ihr eigentlich ist, kann man sich schlecht über Putin empören.

Der Oberst hingegen wird gefeiert! Ein bekennender Grüner meint über ihn: "Um es in der Soldatensprache auszudrücken: Oberst dG Dr. Markus Reisner — guter Mann!" In der Diskussion erklärte dieser Militär im vollem Ornat auch: "Ich trage diese Uniform als Soldat, weil ich weiß, was es bedeutet, in den Krieg zu ziehen. Diese Orden habe ich bekommen, weil ich in Afghanistan oder sonstwo war. Und ich sage ihnen: Wenn sich ein Volk verteidigen will, dann ist es sein Recht, das zu tun. Wenn die Ukraine bereit ist, diesen Kampf weiterzuführen, dann müssen wir die Ukraine dabei unterstützen."

Ja, galt das auch für das Volk in Afghanistan? Herr Oberst waren dort wohl stationiert, um eine Regierung zu beschützen, die von einer Besatzungsmacht eingesetzt worden ist, deren völkerrechtliche Legitimation auch eher mau ist. Schließlich toben sich seit eineinhalb Jahrhunderten die Imperialmächte dort immer wieder aus. Genau darauf beruht aber die wiederhergestellte Macht der Taliban!

Ist es nicht eher schon so, daß das Volk, egal wo, mehrheitlich einfach nur in Frieden leben will? Auch hier wieder das Gleichsetzen von Volk und Staat — daß das von einem Militär kommt, ist nicht verwunderlich, aber müssen ihn Zivilisten deswegen feiern? Immerhin ist das

Lob für den Oberst von sich als antifaschistisch verstehenden Bobo-Gutmenschen jetzt etwas leiser geworden, seit sich die Erkenntnis Raum verschafft hat, daß Reisner seinen Doktor in Geschichte mit einer Arbeit zum "Luftkrieg über Österreich von 1943 bis 1945" beim bekannt rechtslastigen Lothar Höbelt gemacht hat.

Es geht nicht um die Menschen in der Ukraine — die sind sowohl Biden als auch van der Leyen und eben sogar Selenskyi genauso egal, wie sie es Putin sind. Der damals 91-jährige Egon Bahr meinte 2013 vor einer Gruppe Heidelberger Maturaklässlern: "Ich, ein alter Mann, sage euch, dass wir in einer Vorkriegszeit leben." Und: "In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt."

Wie war das mit dem Lernen aus der Geschichte? Karl Kraus könnte heute mit all diesen Zitaten einen zweiten Teil seiner "Letzten Tage der Menschheit" schreiben. Die Sirk-Ecke hieße heute eben Twitter, aber sonst wäre da wohl nicht viel Unterschied.

Bernhard Redl

Kommentierte Medienschau

Nochmal Sobotka?

Sollte die FPÖ nach der nächsten Wahl die stimmenstärkste Partei sein, heiße das noch lange nicht, daß sie auch den Ersten Nationalratspräsidenten stellen werde können, meint die Grünen-Klubchefin: "Es gibt ein Vorschlagsrecht, aber es besteht nicht das Recht, von einer Mehrheit gewählt zu werden", sagte Sigrid Maurer in einem Interview der "Tiroler Tageszeitung".

Nunja, das ist verständlich. So eine Aussage hilft den Grünen, sich wiederum als letztes Bollwerk gegen die FPÖ zu positionieren. Diese Haltung könnte den Unterschied ausmachen, wenn die moralisch schwer angeschlagenen Grünen bei der nächsten Nationalratswahl wieder hart an der 4%-Grenze zu liegen kämen. Aber natürlich ist das auch ein aufgelegter Elfer für die FPÖ, der von deren Generalsekretär Hafenecker auch gleich verwandelt wurde, der ein "totalitäres Sittenbild", das von der Unreife der Grünen zeuge, konstatierte.

Da wird dann aber Maurers Banalantifaschismus ein bisserl problematisch, weil er auf eine Unterstützung für die FPÖ hinausläuft — aber da potentielle FPÖ-Wähler eh nicht zu den Grünen wechseln werden, paßt das für Maurer natürlich. Nur: Werden die Grünen dann lieber wieder Sobotka wählen, würde der nochmal kandidieren?

Eigentum für den Nachwuchs!

Die ÖVP hat jetzt erkannt, daß Wohnraum immer mehr zu einem finanziellen Problem wird. Vor allem für junge Menschen! Nein,

das heißt jetzt nicht, daß man was gegen Immobilienspekulation, überhöhte 3-Jahres-Mieten und explodierende Bodenpreise machen möchte, weil die sind ja gottgegeben. Auch die Forcierung von sozialem Wohnbau geht wohl nicht, weil das irgendwie zu sozialistisch ist. Überhaupt, das hat ja schon der Gesalbte als Losung vorgegeben, sollen die Leute sich doch Eigentum anschaffen, wenn sie sich die Miete nicht leisten können. Das Problem läge ganz woanders: Bei den Banken! Der aktuelle Vorstoß kommt dazu von der Jugendstaatssekretärin:

“Die durchschnittliche 80m2-Eigentumswohnung in Österreich kostet 400.000 Euro. Das bedeutet, daß ich gerade als junger Mensch, der am Beginn seines Erwerbslebens steht, 80.000 Euro auf der Seite haben muß als Eigenkapital, um überhaupt erst einen Kredit aufzunehmen. Damit vernichten wir die Perspektive auf ein Eigenheim”, so Claudia Plakolm in einem Statement. Ihre Conclusio: Die Verordnung für die Kreditregeln müsse weiter gelockert werden.

In welcher Welt leben diese Leute eigentlich? Und von den seltsamen Vorstellungen, wo das österreichische Medianeinkommen liegt, wieviel Berufsanfänger so verdienen und daß sie sich an einen Kredit fesseln sollen, der ihnen die Butter vom Brot nimmt, bis sie Mitte Vierzig sind, einmal abgesehen: Haben die aus den Bankenkrachs eigentlich gar nichts gelernt?

Rasierklingen im Höschen?

Protest am 9. Februar auf Twitter: “Klimaaktivistin berichtet öffentlich, dass sie sich im Anhaltezentrum in Wien zur Kontrolle nackt bis auf den Slip ausziehen musste. Und auch noch in ihre Vulva geleuchtet wurde. Das ist ein Skandal.” Antwort der Wiener Polizei @LPDWien: “Das ist kein

Skandal, sondern Usus: Bei der Abgabe in den Arrest wird eine Durchsuchung gem. §40 SPG durchgeführt. Damit wird sichergestellt, dass die festgenommene Person keine Gegenstände bei sich hat, die für sie oder andere gefährlich werden könnten.”

Mina Canaval, die erwähnte Klimaaktivistin, wurde darauf deutlich. Sie twitterte ein Unterwäschbild und schrieb dazu: “Anbei ein Foto eben des Höschens, von dem die @LPDWien glaubt, ich könnte Gegenstände, die für mich oder andere gefährlich sind, darin verstecken.” Worauf die Polizei konkreter wurde: “Eine vollständige Untersuchung der Kleidung der Festgenommenen, um das Einbringen von verbotenen Gegenständen wie Rasierklingen zu vermeiden, findet natürlich weiterhin statt.” twitterte @LPDWien am 17. Februar.

Also eigentlich ist die Polizei bei einer Festnahme nach Sicherheitspolizeigesetz nur ermächtigt zu einer Untersuchung und nicht verpflichtet. Aber bei diesen Ökoterroristinnen weiß man natürlich

nie! Wenn eine Autos blockiert, ist ihr alles zuzutrauen! Sogar Rasierklingen in der Vulva!

Nach Berlin!

Andrij Melnyk bleibt ein Troll. Er twitterte mit einem Bild von Netrebko: “‘Na Berlin’ oder ‘Wir nehmen Berlin’ steht am Kleid der Opernsängerin Anna Netrebko geschrieben. Diesen Slogan benutzt die russische Propaganda, um Deutschland einzuschüchtern. Warum darf diese Putin-Apologetin in Wiesbaden auftreten? Danke für deutsche Solidarität”.

Der Ex-Botschafter in Deutschland, der wegen seines nicht so gut rüberkommenden Geschichtsbilds nach Kiew zurückbeordert worden war, liegt in gewisser Hinsicht gar nicht so falsch. Ja, Netrebko ist eine Nationalistin und Putin-Apologetin. Ja, “Na Berlin” steht auf dem Leiberl im Bild und die Übersetzung mit “Wir nehmen Berlin” ist sinngemäß richtig. Der Ex-Botschafter weiß nämlich genau, wie das gemeint war, denn



Andrij Melnyk ✓
@MelnykAndrij

“На Берлин” oder “Wir nehmen Berlin” steht am Kleid der Opernsängerin Anna Netrebko geschrieben. Diesen Slogan benutzt die russische Propaganda, um Deutschland einzuschüchtern. Warum darf diese Putin-Apologetin in Wiesbaden auftreten? Danke für Solidarität hessenschau.de/kultur/netrebk...



hessenschau.de > Kultur

Umstrittene russische Künstlerin kommt nach Wiesbaden

Netrebko-Auftritt bleibt im Programm der Maifestspiele

Aktualisiert am 13.02.23 um 21:03 Uhr

Anna Netrebko wird zu den Internationalen Maifestsp...

Die umstrittene russische Sängerin Anna Netrebko wird bei den Wiesbadener

8:02 vorm. · 15. Feb. 2023 · 963.738 Mal angezeigt

auch der zweite Satz stimmt irgendwo, nur die Zeit ist falsch. Der Slogan der russischen, oder besser: sowjetischen Propaganda war wohl zur Einschüchterung Deutschlands gedacht — allerdings Nazi-Deutschlands. In eben diesem Berlin wurde am 9. Mai 1945 die Kapitulationserklärung gegenüber der Roten Armee unterzeichnet. Das Bild jedoch stammt aus der Wiener Staatsoper und vom 9. Mai 2010, wo Netrebko den 65. Jahrestag dieses Ereignisses zelebrierte.

Aber das verschweigt der Bandera-Apologet natürlich lieber. Nebenbei: Die "Russen", die Wien 1945 einnahmen, waren die 3. und die 2. Ukrainische Front der Roten Armee...

Syrer sind selber schuld

Lamya Kaddor, innenpolitische Sprecherin der Grünen im deutschen Bundestag, weiß genau wer schuld ist:

"Solange Assads Syrien an d. Seite der Iraner unter Beihilfe Russlands nicht nur Region destabilisiert & noch sein eigenes Volk bekämpft, wird es diese milit. Antwort Israels weiterhin geben. Eine gefährliche Situation mit Potenzial der weiteren Eskalation". So kommentiert sie den Angriff der israelischen Luftwaffe auf ein Wohngebiet in Damaskus.

Wie war das mit der Unverletzlichkeit von Territorien oder völ-

kerrechtswidrigen Angriffen? Nein, in Syrien darf man das schon, die haben ja die falschen Verbündeten und Assad ist böse. Da darf man schon ein paar Kollateralschäden anrichten, weil die Syrer sind ja selber schuld. Das darf die Türkei wahrscheinlich auch, wenn sie stabilisierend die Kurden in Nordsyrien attackiert und vertreibt. Sogar in Zeiten der Erdbebenkatastrophe. Weil der Sultan ist ja auch ein Verbündeter. Und was der Verbündete unseres Verbündeten so treibt, zum Beispiel in Bergkarabach ist uns sowieso egal (siehe dazu auch in dieser Ausgabe: 'Fridays for Alijew').

Rundschauder: -br-

Offener Brief Skandalöser Aufmarsch zu Ehren Banderas in Wien

Am 1. Jänner 2023 sind zu Ehren des ukrainischen NS-Kollaborateurs Stepan Bandera ca. 100 Angehörige der ukrainischen Diaspora unter rot-schwarzen UPA-Fahnen im Wiener Stadtzentrum herumgezogen. Ein Skandal, der medial weitgehend ausgeblendet wurde. David Stockinger, Mitglied des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, richtete sich deshalb Mitte Jänner mit einem Brief an antifaschistische Verbände:

Dieses E-Mail geht an den Bund Sozdem. Freiheitskämpfer, KZ-Verband Wien, Dokumentationsarchiv des Österr. Widerstandes und Mauthausen-Komitee Österreich, sowie Erinnerungspolitische Sprecherin SPÖ NR Sabine Schatz

Sehr geehrte Damen und Herren der antifaschistischen- und Opfer-Verbände, werte Frau NR Schatz!

Nachdem nun ca. 2 Wochen vergangen sind und ich weder in den "etablierten Medien", noch seitens der Politik, noch seitens der antifaschistischen- und Opfer-Verbände dazu irgendeine Stell-

lungnahme gehört oder gelesen hätte, habe ich mich nun entschieden, dieses E-Mail zu verfassen. Ich behalte mir auch vor, dieses E-Mail als offenen Brief zu verwenden.

Am 1. Jänner 2023 sind zu Ehren von Stepan Bandera ca. 100 Angehörige der ukrainischen Diaspora unter rot-schwarzen UPA-Fahnen im Wiener Stadtzentrum herumgezogen, haben damit einem Faschisten, Antisemiten und Massenmörder die Aufwartung gemacht und zudem auch noch antirussische Hetzparolen von sich gegeben.

Nun verurteile ich den völkerrechtswidrigen russischen Einmarsch und bin selbstverständlich auch für humanitäre Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine. Das gebietet unumstößlich das Völkerrrecht und der Humanismus. Es kann jedoch nicht angehen, dass aufgrund des Krieges in der Ukraine nun Angehörige der ukrainischen Diaspora in Österreich "Narrenfreiheit" haben. Wenn hier Österreicher einer deutschen Nazi-Figur gehuldigt hätten, wäre zu Recht das Verbotsgesetz/Wiederbetätigung zur Anwendung gekommen. Dass die "etablierten Medien" hier nicht weiters darüber berichten, ist auch nicht verwunderlich, herrscht hier ja leider ein sehr einseitiges Narrativ vor.

Was wäre - zu Recht - für eine Aufregung, wäre die russische Diaspora marschiert und hätte antiukrainische Hassparolen skandiert.

Nach Recherche im Internet habe ich lediglich diese Berichte gefunden:

<https://www.vienna.at/ukrainische-diasporamarschierte-in-wien/7824694>

<https://zeitungderarbeit.at/politik/ukrainische->

faschisten-marschieren-durch-wien/

Auf die Person Stepan Bandera, die faschistische OUN-Bewegung und die militante UPA brauche ich hier nicht näher einzugehen. Ein Nazi-Kollaborateur, dessen Organisation zur Massenmörderin an Juden, Polen, Weißrussen, Russen, sowjetischen Ukrainern und Partisanen wurde. Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade seit den Ereignissen in Kiew 2013/2014 Stepan Bandera in der Ukraine offiziell wieder zu einem Nationalheiligen gemacht wurde. Das ist kritikwürdig, ist jedoch Angelegenheit der Ukraine. Unsere Angelegenheit und vor allem die Angelegenheit jedes aufrechten Antifaschisten, ist es jedoch, wenn einem Faschisten hier bei uns gehuldigt wird bzw. Hassparolen gegen eine Nation kundgetan werden und damit defacto der furchtbare Krieg auch nach Wien, in die

Hauptstadt des neutralen Österreichs, getragen wird. Das Letzte was wir in Wien brauchen, ist eine (offene) Auseinandersetzung zwischen der ukrainischen und russischen Diaspora. Das neutrale Österreich sollte vielmehr die friedliche Begegnungsstätte der Konfliktparteien werden.

Ich ersuche Sie in diesem Sinne öffentlich-medial tätig zu werden und freue mich über eine zeitnahe Stellungnahme Ihrer Organisation!

Mit antifaschistischen und rot-weiß-roten Grüßen!

David Stockinger

*Mitglied Bund sozdem. Freiheitskämpfer
Antifaschist*

“Die Zeit”: Click-Bait auf hohem Niveau

“Mit Clickbaiting (von englisch Click und bait, Köder) wird medienkritisch eine Praxis bezeichnet, Inhalte im World Wide Web anzupreisen, um mehr Seitenabrufe und damit unter anderem mehr Werbeeinnahmen durch Internetwerbung, Abonnements von Bezahlhalten hinter einer Paywall oder eine größere Markenbekanntheit der Zielseite bzw. des Autors zu erzielen.” So definiert es Wikipedia. In der großen Zeitungskrise sind auch einstmals seriöse Blätter anscheinend nicht ganz davor gefeit. Das dürfen wir dieser Tage bei der altehrwürdigen “Die Zeit” erfahren. Da kann man aber natürlich nicht arbeiten mit Ködern á la “7 Methoden, wie Männer bei Frauen landen können” oder “9 Dinge, die sie sicher nicht über ihren Hund wußten”, sondern das muß eher raffiniert, um nicht zu sagen: perfide, angegangen werden, sodaß sich das klassische Zeit-Publikum angesprochen fühlt. Und natürlich sind das dann

genau die Texte, die als “Zeit+” angeboten werden, also hinter einer Paywall stehen. Da heißt zum Beispiel die Headline: “Lehrermangel: Plädoyer für die Sechstageswoche für Schüler”. Ja, das trickert! Die Lehrer, die Eltern und auch diejenigen, die noch am Samstag Schule hatten — solche wie meinereiner, die extra wegen zweier Stunden Turnen, einer Deutsch und einer Religion eine Stunde Schulweg bestreiten mußten. Wenn man die Paywall zahltenderweise oder mit Tricks überwindet, bekommt man aber einen Text zu lesen, wo das Wort “Sechstageswoche” zwar noch einmal im ersten Absatz vorkommt und der Rest des schlecht geschriebenen Textes wenig verständlich ist, aber überhaupt keine Argumentation zu lesen ist, was das denn mit einer Sechstageswoche zu tun haben könnte.

Der totale Sieg

Den Vogel aber hat die “Zeit” abgeschossen mit der Headline “Ende des Ukraine-Kriegs: ‘Ich wünsche mir einen totalen Sieg’”. Der Text erschien am 18. Februar 2023, also exakt am 80. Jahrestag der “Sportpalastrede”, wo Goebbels die rethorische Frage stellte: “Wollt ihr den totalen Krieg?” Die Headline alleine wäre schon Aufreger genug gewesen, aber allen

Rezipienten ist klar: Bei der “Zeit” kann das nicht einfach so passiert sein, da ist genug Geschichtskennntnis vorhanden, zu wissen, was das heißt. Wollte die Redaktion die eigene Gast-Autorin von der Maschekseiten quasi an den Pranger stellen? Oder sind die völlig durchgeknallt? Wenn man den Text dann liest, wird klar, daß Autorin Eva Illouz zwar tatsächlich einen solchen Wunsch geäußert hat, weil sie sich dadurch eine Änderung des russischen Regimes erwartet, aber doch eine sehr realistische Einschätzung hat: “Da weder die USA noch Europa einen Krieg mit Russland beginnen werden, wird der Krieg wahrscheinlich durch ukrainische territoriale Kompromisse enden. Solange es in Russland nicht zu einem Aufruhr der Bürger kommt, müssen wir uns wohl widerwillig auf diese Option einstellen.” Aber das hat halt nicht “Schmackes” genug, daß jemand auf einen Bezahlartikel klickt. Und das paßt auch nicht zum anrühigen Jahrestag.

So aber bekam die “Zeit” im Empörium von Social Media und Blogosphäre eine Unmenge an Gratiswerbung. Ob es langfristig ein gutes Konzept ist, wenn ein liberales Traditionsblatt Headlines wie die diversen Kasperlpostillen produziert, sei einmal dahingestellt.

-br-

Widerstands- Chronik

6. Feber 2023: Wien sind wir alle

Hunderte Menschen, vielleicht auch tausend, beteiligten sich am 6. Feber am Reumannplatz an einer Kundgebung in Solidarität mit in einer Fernsehsendung von einem FPÖ-Politiker rassistisch angegriffenen Schüler*innen und "allen in Wien wohnenden Menschen [...] unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, religiöser Zugehörigkeit oder anderen Faktoren."

Während der Kundgebung entrollten Rechtsextremist*innen auf einem Baustellengerüst beim Amalienbad ein rassistisches Transparent. Das Baugerüst verlassen, konnten sie nur mit Polizeischutz.

(Siehe in dieser Ausgabe auch das Statement von SOS Balkanroute zum Verhalten der ÖVP Wien.)

6. Feber 2023: Commemor action

Der 6. Feber ist seit 2014 auch Gedenk- und Aktionstag für alle

Menschen, die auf Flucht- und Migrationsrouten und an den Grenzen ermordet worden, verstorben oder verschwunden sind. Nach Angaben von Djana kamen deshalb am 6. Feber rund 70 Personen am Platz der Menschenrechte zusammen, unter anderem um der tausenden Menschen zu gedenken, die jedes Jahr an den EU-Außengrenzen sterben.

8. Feber 2023: Protest gegen Videoüberwachung von Zufahrten in die Innenstadt

Am 8. Feber protestierten beim Burgtor rund 15 Personen mit Epicenter.Works gegen eine geplante Videoüberwachung aller Zufahrten von Ring und Kai in die Innenstadt, die angeblich für eine Verkehrsberuhigung erforderlich sein soll. [siehe Statement in dieser Ausgabe]

11. Feber 2023: Nein zu Mullahs, Schah und Imperialismus.

Am 11. Feber nahmen rund 150 Personen an einer internationalen Solidaritätskundgebung mit der revolutionären Bewegung im Iran im Sigmund-Freud-Park teil. Bei dieser Kundgebung für Demokratie und Freiheit im Iran wurde auch

das Erdbeben in der Türkei, Kurdistan und Syrien thematisiert.

12. Feber 2023: Gedenken an Aufstand gegen den Austrofaschismus 1934

Am und um den 12. Feber fanden mehrere Versammlungen im Gedenken an den Aufstand gegen den Austrofaschismus im Feber 1934 statt.

180–200 Personen beteiligten sich in Floridsdorf an einer Demonstration unter dem Motto: "Heute wie damals: Dem Faschismus entgegenzutreten!"

14. Feber 2023: One Billion Rising

An die 300 Personen kamen am 14. Feber auf den Platz der Menschenrechte zu "One Billion Rising". Ein Schwerpunktthema von "One Billion Rising" war heuer die Solidarität mit den Frauen im Iran und unterdrückten Frauen weltweit, die Aiko Kazuko Kurosaki mit der Performance BLANK ausdrückte, bei der sie sich die Haare abschnitt.

Österreich drohen überwachte Innenstädte

Erklärung von epicenter.works am 8. Februar 2023

Im Kampf gegen die Überwachung unsere Innenstädte haben Datenschützer:innen heute vor dem Wiener Heldenplatz auf die drohenden Gefahren für die Bevölkerung aufmerksam gemacht. Denn mit der neuen StVO-Novelle steht nach wie vor eine mögliche Videoüberwachung der Einfahrten in den 1. Wiener Gemeindebezirk im Raum.

Wird die Videoüberwachung zur Verkehrsberuhigung wirklich umgesetzt, kann der Innenminister in Zukunft bei jeder Demo zuschauen; die Polizei hat sogar schon jetzt die Rechtsgrundlage für einen Live-Zugriff auf die Überwachungsvideos. Auch so gut wie alle Passant:innen und Radfahrer:innen, die sich im und um den 1. Bezirk bewegen, kämen nicht am Sichtfeld der Kameras vorbei. Es könnte also fast niemand mehr in die Wiener Innenstadt hinein

oder aus ihr heraus, ohne von den Kameras überwacht zu werden.

Besonders bedenklich ist auch, dass sich im 1. Wiener Gemeindebezirk viele wichtige Regierungsgebäude befinden. Damit stellt die Videoüberwachung eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar, denn Menschen, die wissen, dass sie beobachtet werden, verhalten sich anders. Im schlimmsten Fall bedeutet das, dass viele darauf verzichten, öffentlich ihre Meinung zu äußern und dass Menschen nicht mehr für ihre Rechte demonstrieren – Entwicklungen, die man sonst nur aus autoritären Überwachungsstaaten kennt.

Werden die Kameras durch die neue StVO genehmigt, drohen uns überwachte Innenstädte in ganz Österreich. Denn auch andere österreichische Städte haben bereits Interesse an so einem Überwachungssystem bekundet.

Weitere Infos: <https://epicenter.works/>

16. Feber 2023: Proteste gegen und am Opernball

Am Abend des ersten Opernballs nach einer zweijährigen corona-bedingten Pause, am 16. Feber, gab es mehrere Protestaktionen.

Klimaaktivist*innen protestierten in kleinen Gruppen direkt vor der Oper. Projektionen auf die Fassade der Oper wiesen auf die drohende Klimakatastrophe hin. Am roten Teppich entrollten Aktivist*innen ein Transparent mit der Aufschrift "Ihr tanzt, wir brennen!".

Die Klimaaktivist*innen wollten damit auf die übergroße Schuld der Reichen und Mächtigen an der Klimakrise hinweisen, berichtete 'System Change not Climate Change'. Besondere Kritik sei an der Wirtschaftskammer und deren Präsidenten Mahrer gerichtet worden. Mehr Informationen darüber gibt es auf: <https://systemchange-not-climatechange.at>

Rund 500 Personen beteiligen sich an einer Opernballdemo der KJÖ vom Keplerplatz Richtung Oper. Die Forderungen laut Aufruf waren: Keine Profite mit Energie und Miete; Lohnerhöhungen über der Inflationsrate; saftige Erbschaftssteuer sowie Enteignung von Krisengewinner*innen und Spekulant*innen.

Ein kleiner Block auf der Opernballdemo demonstrierte hingegen vor allem gegen Israel. Beim einem Punschstand von LINKS neben "dem" Opernball-Besucher*innen-Würstelstand bei der Albertina labten sich unter dem Motto "Punsch the rich", als ich dort war, knapp 100 Personen. Augenscheinlich aber nicht nur Opernball-Gegner*innen, sondern auch Opernball-Besucher*innen.

19. Feber 2023: Hanau-Gedenken in Wien

300–400 Menschen gedenken am Yppenplatz in Wien-Ottakring – einem Aufruf u. a. der Migrantifa Wien folgend – der Opfer des rassistischen Attentats in Hanau vor 3 Jahren.

Außerdem:

Seit dem 13. Feber blockieren Klimaaktivist*innen der letzten Generation wieder wiederholt den Autoverkehr durch Blockaden und Ankleben auf der Fahrbahn. Am 13. Feber bei der Sezession, am 14. beim Schloss Schönbrunn, am 15. am Gürtel beim Westbahnhof, am 16. am Margareten-gürtel, am 17. wurde der Verkehr auf der Ostautobahn bei der Sta-

dionallee zum Stillstand gebracht.

Die Critical Mass bewegte sich am 17. Feber auch wieder durch Wien. Weiterhin gibt es immer noch mehrere weitere Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Mullah-Regime im Iran. Jeden Donnerstag wird immer noch am Platz der Menschenrechte gegen die Regierung demonstriert.

(nochrachten.net/akin)

ÖVP kam nicht, weil SOS Balkanroute sprechen durfte!

“Wir ... sind im konkreten Fall natürlich mit der Schülerin bzw. der Schule solidarisch. Aber .. wir wollen nicht Mitveranstalter einer Kundgebung mit uA der Linkspartei oder SOS Balkanroute sein, da wir beim Thema Asyl & Integration hier diame-tral andere Weltanschauungen haben ...”

So die Wiener Volkspartei gegenüber dem ORF zu der Kundgebung am 6. Februar gegen die Waldhäuseleien.

Dazu ein Statement von SOS Balkanroute:

Nachdem die Wiener ÖVP zuerst zu- und dann absagte bei der Solidaritätskundgebung mit den Schüler:innen, veranstaltet und getragen von allen zur Demokratie bekennenden Parteien im Bezirksrat von Wien-Favoriten, kam heute eine Stellungnahme der Partei in der Sendung "Wien heute" von ORF1.

Zur Klarstellung: Wir waren nicht Organisator und auch nicht Mitveranstalter der Kundgebung, wie hier von der ÖVP behauptet, sondern wurden eingeladen, einen Redebeitrag zu leisten. Der Grund war wohl auch, dass unser Pero in der gleichen Talkshow mit Herrn Waldhäusel war und dort den rassistischen Skandal-Sagern kontra gab. Wir danken jedenfalls der Wiener ÖVP für diese sich selbst entpupp-pende Promo, die einmal mehr aufzeigt, was für ein erschütterndes Weltbild mittlerweile bei den einstigen Christlich-Sozialen Einhalt gefunden hat, so dass sie nicht einmal mit den angegriffenen Schüler:innen auf einer - von allen demokratischen Parteien im Bezirk getragenen - Kundgebung bekennen wollen. Und dass sie zu einer Kundgebung nicht kommen, weil wir und LINKS dort anwesend sind bzw. sprechen dürfen. Die Wahrheit über die Menschenrechtsverbrechen, die an den EU-Außengrenzen passieren und von der ÖVP auf EU-Ebene mitgetragen werden, tut eben weh!

Wie Pero bereits gestern in seiner Rede am Reumannplatz sagte: "An diejenigen, die zuerst zugesagt, dann wieder abgesagt haben, weil sie nicht einmal den letzten Funken Anstand haben, sich hinter angegriffene Wiener Schüler:innen zu stellen: Wenn euch die offene Weltstadt Wien der gleichberechtigten Möglichkeiten für ALLE und mit ALLEN nicht taugt, wenn ihr nicht Alaba und Arnautovic im Nationalteam haben wollt, wenn ihr kein Eis von Tichy, kein Kebab von Ferhat und keine Cevapcici von Merak wollt's, dann bleibt's bitte gefälligst dort, wo ihr euch selber wohl am wohlsten fühlt: im Waldhäusl!" ####

Tag der Muttersprache: Warum NUR Berivan und warum "Tirol-Kurdisch"?

Meine Muttersprache ist Kurdisch. Es gehört zur indogermanischen Sprachengruppe. Man wirft mir vor, dass ich mit einem "tirolerischen Akzent Kurdisch" rede. Ich spreche nicht nur Tirolerisch, Kurdisch oder Türkisch, sondern auch fließend ironisch, und das sogar mit sarkastischem Akzent! Von BERIVAN ASLAN (auf semiosis.at).

Du hast Kurdisch!

Ich hörte das Wort "Kurdisch" das erste Mal mit sechs oder sieben Jahren.

Damals ging ich in Tirol noch in die Volksschule. Auf dem Heimweg lernte ich ein gleichaltriges Mädchen kennen, das bei uns in der Nachbarschaft wohnte. Wir verabredeten uns, dass wir nach dem Essen und den Hausaufgaben zusammen spielen. Als ich dann bei ihnen vor der Haustür stand und mehrmals läutete, machte mir niemand auf. Ich wartete noch in der Hoffnung, dass mir jemand aufmacht, weil wir ja verabredet waren. Danach öffnete mir meine "neue" Schulfreundin und sagte traurig: "Ich darf mit dir nicht spie-

len, weil du Kurdisch hast" und machte die Tür wieder zu.

Ich dachte, dass Kurdisch eine ansteckende Krankheit sein könnte

Ich konnte mit dem Wort "Kurdisch" nichts anfangen. Das Nachbarmädchen wusste höchstwahrscheinlich auch nicht, was es bedeutet. Ich dachte, dass es eine ansteckende Krankheit wäre und heulte den ganzen Weg nach Hause. Daheim zog ich mich nackt aus, damit meine Mutter nachschaut, was ich denn so habe. Meine Eltern waren schockiert, als ich ihnen das erzählte und versuchten – ohne ein großes Drama daraus zu machen –, mich über meine Wurzeln aufzuklären. Das erste Mal wurde mir klar, dass wir eine eigene Muttersprache haben und auch einen eigenen ethnischen Hintergrund. Ich verstand auch, warum mir meine Mutter bei meinen Hausaufgaben nicht helfen konnte. Weil sie Deutsch nicht beherrschte, immerhin wäre es die zweite Fremdsprache.

Warum meine Eltern in ihrer Muttersprache nicht lesen und schreiben können

Mit 15 Jahren redete ich schon fünf Sprachen fließend, aber ich konnte in meiner eigenen Muttersprache weder lesen noch schreiben. Meine Eltern können es bis heute nicht. Kurdisch war in der Türkei jahrzehntelang Restriktionen und Verboten ausgesetzt. Kurdische Publikationen, kurdische Radio-TV-Sendungen, das Singen oder das Unterrichten der Sprache waren verboten. In den 1980er und 1990er Jahren war das Sprechen der Sprache sogar auf der Straße verboten. Das Sprachverbotsgesetz von 1983 war ultranationalistisch und akzeptierte nur Türkisch als Amtssprache.

Dies war der Grund, warum viele Kinder in meiner Generation noch "Türkisch" lernen mussten, weil die Eltern Angst hatten, dass sie

verhaftet oder diskriminiert werden, wenn ihre kleinen Mäuse auf der Straße "Bawo" (deutsch: "Vater") rufen.

Warum es bis zu drei Jahre Haft für "Bawo" gab

Zu Recht: Denn es konnten Haftstrafen von 6 Monaten bis zu 3 Jahren(!) ausgesprochen werden. Es ist unvorstellbar, aber dieses Gesetz war noch bis 1991 gültig! Die türkische Verfassung von 1982 war nicht nur ultranationalistisch, sondern auch sehr restriktiv. Laut dem Parteiengesetz Gesetz 6529 von 1983 durften Politikerinnen und Politiker bei Veranstaltungen nur Türkisch sprechen. In der Türkei gibt es immer noch sehr viele Regionen, wo Menschen Türkisch nicht verstehen. Erst im Jahr 2014 (auch heftig!) wurde dieses Sprachverbot mit dem Gesetz 6529 aus dem Parteiengesetz gestrichen!

Es wird immer wieder der Anschein erweckt, dass das Sprechen der kurdischen Muttersprache in der Türkei kein Problem sei. Erst im Dezember 2018 wurden ein Vater und sein Sohn in der westtürkischen Provinz Sakarya mit einer Schusswaffe angegriffen, weil sie sich auf Kurdisch unterhalten haben. Der Vater starb.

Warum nur Berivan?

Ich habe offiziell zwei Vornamen: Aygül Berivan. "Aygül" ist mein türkischer und "Berivan" ist mein kurdischer Name. Als ich geboren wurde, war mein Vater in Europa und wünschte sich den Namen "Berivan" für seine Tochter. Jedoch wurde keine Geburtsurkunde ausgestellt, weil kurdische Namen damals verboten waren. Also gab man mir "provisorisch" einen türkischen Namen, "Aygül" eben, damit ich auf dieser Welt registriert werde.

Beim Nationalratswahlkampf 2013 wurde mir immer wieder gesagt, dass ich meinen kurdischen Namen "Berivan" nicht verwenden sollte, weil mich die "Türken" dann

nicht wählen würden. Ich habe bemerkt, dass manche türkischen Veranstaltungseinladung nur auf "Aygül Aslan" erfolgten. Nationalistisch angehauchte Türkischstämmige weigerten sich nämlich, meinen kurdischen Namen "Berivan" anzuführen.

Und warum Tirol-Kurdisch?

Aus Protest gegen diesen Rassismus – den ich bei meiner Muttersprache und bei meinem Namen bis dato nicht in dieser Dimension erlebt habe – lehnte ich diese "gutgemeinte" Empfehlung ab. Stattdessen verwendete ich nur meinen kurdischen Namen, "Berivan" also.

Ich dachte mir, dass ich lieber ein paar Stimmen verliere als mein Gesicht und meine Haltung. Wir können ja nichts dafür, in welche ethnische, religiöse oder soziale Gruppe wir hinein geboren werden.

Diese Vielfalt an Sprachen gibt mir das Gefühl, dass ich mehr Identitäten in meiner Brust trage, als es mir vorgegeben wird.

Meine Muttersprache ist eine "Never-Ending-Story", wo ich nicht

einmal weiß, wie es sich anfühlt, wenn in der Öffentlichkeit (im Bus, im Supermarkt etc.) und überall meine Muttersprache gesprochen wird. Weil ich es nicht kenne. Es war die Sprache, die wir nur zu Hause gesprochen haben. Dank meiner alpinen Sozialisation wird es übrigens einen neuen Kurdischen Dialekt, "Tirol-Kurdisch", geben. Wer weiß: Vielleicht wird es die neue Muttersprache meiner noch nicht geborenen Kinder.

Quelle:

<https://www.semiosis.at/2019/02/20/tag-der-muttersprache-warum-nur-berivan-und-warum-tirol-kurdisch/>

Lizenz: Creative Commons in der Version von Semiosis.at, siehe <https://www.semiosis.at/impresum-semiosisblog/>

Zur Person

Berivan Aslan wurde im Oktober 1981 in Kulu, Türkei geboren. Sie ist eine österreichische Politikwissenschaftlerin, Juristin und

Politikerin der Grünen. Bis 2017 war sie Nationalratsabgeordnete der Grünen mit den Schwerpunkten Menschen- und Frauenrechte sowie Migrationsfragen. Aslan wurde in ihrer Zeit als Abgeordnete – und danach – immer wieder von türkischen Nationalisten und Erdogan-Anhängern verbal angegriffen. Und sie war die einzige österreichische Abgeordnete, die eine Morddrohung vom IS bekommen hat.

Zum Tag der Muttersprache

Der Internationale Tag der Muttersprache ist ein von der UNESCO ausgerufenen Gedenktag zur "Förderung sprachlicher und kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit". Er wird seit dem Jahr 2000 jährlich am 21. Februar begangen. Hintergrund für dieses Datum ist der Sprachenkonflikt zwischen West- und Ostpakistan, dem heutigen Bangladesh. Als 1952 die pakistanische Regierung Urdu zur alleinigen Amtssprache erklärte, kam es zu Protesten im hauptsächlich bengalisch sprechenden Osten und am 21.2.1952 zum Tod von 10 Demonstranten.

Fridays for Alijew

BERGKARABACH: Aushungern, Belagern – Politik im 21. Jahrhundert

Aus: Archipel 322 des Europäischen BürgerInnenforums (Stand: 11.2.2023)

Aserbajdschan sperrt seit zwei Monaten die Lebensader Bergkarabachs. Abertausende sind ohne Lebensmittel, ohne Heizung und Medikamente. Ilham Alijew, der seit 2003 eines der ruchlosesten Regimes im postsowjetischen Raum führt, folgt dem von Wladimir Putin in

der Ukraine vordemonstrierten Beispiel.

Die armenischen Nachrichtensendungen fangen seit Wochen täglich mit den letzten Entwicklungen aus dem «belagerten Bergkarabach» an. «Aufgrund der Blockade ist die Stromversorgung beeinträchtigt, und es kommt regelmässig zu Stromausfällen», hiess es am 17. Januar in der

Internet-Plattform «Civilnet». «Die Gasversorgung ist zudem erneut unterbrochen worden». Und: «Die Gefahr der Unterernährung wird immer greifbarer».

Das Leben sei schwieriger geworden, bestätigt im Telefongespräch auch die 68-jährige pensionierte Amalia Arakelyan aus Bergkarabachs Hauptstadt Stepanakert. «Die Menschen rennen durch die Stadt und suchen nach Nahrungsmitteln, suchen nach Medikamenten, nach Babymilch und Treibstoff, aber die Läden, die Apotheken, die Tankstellen sind leer. Unser Leben spielt sich wie in einem Käfig ab.»

Der politische Beobachter Tigran Grigorjan ergänzt, dass die Behörden sich gezwungen sehen,

immer wieder von Neuem Rationalisierungsregelungen für lebenswichtige Güter einzuführen. «Ein Kilo Kartoffeln ist nirgends mehr zu finden und meine Mutter, die Diabetes hat, muss ohne die lebensnotwendigen Medikamente durchkommen», schrieb er auf Twitter. Mit jedem Tag, der vergeht, wird die Lage der Zivilbevölkerung dabei etwas schlimmer, aussichtsloser.

Blockade der Ökokriegerinnen

Es war am frühen Morgen des 12. Dezembers, als eine Gruppe angeblich zorniger aserbajdschanischer Demonstrant-innen unvermittelt an den unweit der historischen Stadt Schuschi (auf Armenisch/Schuscha auf Aserbajdschanisch) von russischen Friedenstruppen aufgestellten Barrikaden vorbeidrang und auf der Hauptstrasse des sogenannten Latschin-Korridors ihre Zelte aufstellte. Jenseits der Barrikaden beginnt das nach dem armenisch-aserbajdschanischen Krieg 2020 noch als Rumpfstaat übrig gebliebene, von Armenier-inne-n besiedelte Gebiet Bergkarabach, auf armenisch «Artsakh». Als bewusste «Umweltschützerinnen» protestierten die Demonstrant-innen gegen die «illegale Ausbeutung von Goldminen, die Bergkarabachs Umwelt verschmutzen», erklärte eine in einen teuren Pelzmantel gehüllte Lady, die sich als ihre Sprecherin ausgab. Die selbsternannten «Umweltschützerinnen» liessen sich seither trotz frostiger Temperaturen mitten auf dieser Strasse nieder.

Der private Verkehr aus und nach Bergkarabach brach zusammen. Seit dem 12. Dezember lassen die Ökokriegerinnen keine Medikamente und keine frischen Nahrungsmittel, kein Treibstoff und kein Baumaterial mehr durch. Da die Route über den Latschin-Korridor aber der einzige Weg ist, der Bergkarabach mit Armenien und damit mit der Auss-

senwelt verbindet, zeichnet sich für seine 120.000 Bürgerinnen und Bürger, darunter 30.000 Kinder, eine humanitäre Katastrophe ab.

Familien wurden plötzlich voneinander getrennt. Nach armenischen Angaben sind 1.100 Bürgerinnen, darunter Dutzende Minderjährige, gestrandet und haben nicht die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Von der Blockade arg getroffen sind die Kinder: Ungeheizte Kindergärten und Schulen mussten schliessen, nach Angaben des staatlichen «Artsakh Info Centers» haben beinahe 7.000 Kinder keinen Zugang mehr zur Bildung. Prekär ist auch die Lage im Gesundheitssystem, da die Einfuhr von Medikamenten nur in geringen Mengen und nur durch Vermittlung des IKRK möglich ist.

Von einer «Blockade» will der aserbajdschanische Präsident Ilham Alijew allerdings nichts wissen. «Völlig falsche Informationen», sagte er in einem viel beachteten Interview an lokalen Fernsehsendern am 10. Januar. Ilham Alijew führt seit 2003 eines der ruchlosesten Regimes im postsowjetischen Raum, der Andersdenkende nicht duldet. Nun spricht ausgerechnet Alijew aber begeistert vom «berechtigten Protest der aserbajdschanischen Zivilgesellschaft». Die jungen Menschen, die «Tag und Nacht bei Frost und Schnee protestieren, sind eine Quelle unseres Stolzes». Und Aserbajdschans starker Mann ermutigt die Armenierinnen Bergkarabachs, die nicht unter seiner Führung leben wollten, Bergkarabach von selbst zu verlassen: «Niemand wird sie daran hindern». Menschen aushungern und frieren lassen: Ilham Alijew folgt dem von Wladimir Putin in der Ukraine vordemonstrierten Beispiel. Aserbajdschan werde immer einen Vorwand finden, um die Strasse zu schliessen und die Gaslieferungen zu Bergkarabach zu unterbrechen, schrieb vor kurzem Benyamin Poghosyan, Vorsitzender des angesehenen «Center for Political

and Economic Strategic Studies» in Jerewan. Alijews strategisches Ziel sei es, die volle Kontrolle über Bergkarabach zu erzielen, selbst wenn dies mit einer Vertreibung der armenisch-stämmigen Bevölkerung und der Vernichtung ihrer tausendjährigen Kultur dort einhergehen würde. Allmählich bezeichnen auch kühle Analytikerinnen in Armenien die Drohung einer ethnischen Säuberung in Bergkarabach als «reell».

Getäuschte Hoffnungen

Völker, die einen Genozid erlebt haben, werden über Generationen hinweg von den erlebten Alpträumen verfolgt. «Die Trauer über den Genozid und die ständige Angst, nicht in Sicherheit zu leben, bekommen wir mit der Muttermilch mit», sagte mir eine Übersetzerin. Beim von den Jungtürken geplanten und 1915 verordneten Völkermord kamen weit über eine Million Armenierinnen des Osmanischen Reichs ums Leben, ihre Kultur wurde in Kleinasien ausgeradiert. Das Trauma des Genozids trieb Armenien in den Schoss Russlands. Nur Russland würde ihre Nation vor einer totalen physischen Vernichtung retten können, hiess es fortan. Und so orientierte sich die kleinste Republik des Südkaukasus ausschliesslich an Moskau und wurde aus Überzeugung zum treuesten Alliierten Russlands.

Im Krieg um Bergkarabach 2020 sah der Kreml aber tatenlos zu, wie Aserbajdschan und die Türkei seinem «strategischen Partner» im Südkaukasus eine vernichtende Niederlage beschernten. Die russischen Friedenstruppen, die nach dem Krieg 2020 in Bergkarabach stationiert sind, haben zudem wenig gegen den Ansturm der aserbajdschanischen Ökokrieger im Latschin-Korridor unternommen. Dabei sieht ihre Mission in erster Linie vor, den freien Verkehr durch diesen Korridor zu «kontrollieren» und zu «schützen».

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow hat Mitte Januar von Baku «eine rasche und vollständige Freigabe des Verkehrs durch den Latschin-Korridor» gefordert. Ihm ist allerdings bewusst, dass ein härteres Durchgreifen der russischen Friedenstruppen gegen die Ökoaktivist:inn-en Aserbaidschans Baku ein Argument liefern würde, um den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Bergkarabach zu fordern. Ein härteres Durchgreifen könnte zudem Spannungen in den Beziehungen zwischen Russland und der Türkei auslösen. Allmählich schwindet in Jerewan die Hoffnung, wonach Russland in der gegenwärtigen Situation entscheidende Massnahmen zur Beendigung der Blockade ergreifen kann. Armenien fühlt sich von Russland im Stich gelassen, die anti-russische Stimmung im Land hat ein bislang beispielloses Ausmass erreicht.

Am 20. Dezember hielt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Antrag Armeniens eine Dringlichkeitssitzung zur Lage im Latschin-Korridor. Eine Reihe von Diplom:inn-en äusserten sich besorgt über die «potentiell schwerwiegenden humanitären Folgen» und forderten die sofortige Freigabe des Korridors. Mitte Januar haben die USA und Frankreich auf der Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE Aserbaidschan und Russland aufgefordert, den ungehinderten Transit unverzüglich wiederherzustellen und die Rechte der örtlichen Bevölkerung zu achten. «Die westlichen Regierungen wissen sehr wohl, dass allein Aufrufe und Erklärungen auf Twitter Aserbaidschan nicht dazu zwingen werden, die Blockade zu beenden», kommentierte Edmond Azadian in der

internet-Plattform «Armenian-Mirror». Die Hoffnung, wonach der Westen seinen deklarierten Prinzipien treu, Krieg als Mittel für politische Ziele und den nackten Terror gegen die Zivilbevölkerung nirgends dulden würde und nicht nur in der Ukraine, auch diese Hoffnung schwindet. «Keine westliche Regierung wird Sanktionen gegen Aserbaidschan auch nur erwägen, um den alltäglich ausgeübten Terror in Bergkarabach zu beenden» – so Edmond Azadian.

Drehscheibe der Energiesicherheit

Ilham Alijew weiss tatsächlich, dass er gegenwärtig am längeren Hebel sitzt. Der Krieg in der Ukraine hat Aserbaidschan und seinen engsten Alliierten, die Türkei, plötzlich zu einer Drehscheibe für die europäische Energieversorgung gemacht. Selbst Moskau ist auf Baku angewiesen, exportiert neulich über Aserbaidschans Pipelines russisches Erdöl und Erdgas nach Europa. Baku und Ankara wissen ihre neue Machtstelle gut auszunützen. Verbale Proteste wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, in Bergkarabach oder etwa in der Kurdenfrage, lassen sie beide kalt. Es ist bezeichnend, dass Alijew seit kurzem in aller Öffentlichkeit erklärt, nicht nur die völlige Kontrolle Bergkarabachs anzustreben, das seit 1921 eine breite Autonomie genoss, sondern auch die «Befreiung Westaserbaidschans», das Bakus Ausführungen zufolge dem Territorium der Republik Armenien gleichkommt.

Am 12. Januar, dem einmonatigen Jahrestag der Blockade, fasste der De-facto-Ministerpräsident Bergkarabachs Ruben Vardanjan

in einer Videokonferenz mit Jerewan die Lage in seinem Gebiet mit deutlichen Worten zusammen: «Wir haben drei Möglichkeiten: Bürgerinnen und Bürger Aserbaidschans zu werden, zu gehen oder diese Situation zu überwinden. Dies ist ein Kampf ums Leben, wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht». Kurz danach kam es in Bergkarabach zu einem grossflächigen Internetausfall. Obwohl die Internetverbindung eine Stunde später wiederhergestellt wurde, führte der Ausfall den Zivilist:inn-en Bergkarabachs einmal mehr vor Augen, dass sie den Launen Alijews machtlos ausgeliefert sind. Sowohl die Internet- wie auch die Hochspannungsleitungen von Armenien nach Bergkarabach führen durch ein Gebiet, das seit dem Krieg 2020 von Aserbaidschan kontrolliert wird.

Amalia van Gent

Quelle: <https://forumcivique.org/artikel/bergkarabach-aushungern-belagern-politik-im-21-jahrhundert/>
Dieser Artikel wurde in einer ersten Fassung am 01/01/2023 in "Infosperber" publiziert und dann von der Autorin für den Archipel aktualisiert.

Termine

Ständiges & Derzeitiges

Radldemos:

Radeln for Future: Wien jeden 1. Freitag im Monat ab 17 Uhr ist Treffpunkt beim Sigmund-Freud-Park/Votivpark/Schottentor.

<https://radelnforfuture.at/>

Critical Mass - Wien jeden 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 17:00 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:30 Abfahrt; Graz jeden letzten Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Südtirolerplatz; Innsbruck jeden letzten Freitag im Monat – Treffpunkt 18:00 Uhr in der Maria-Theresien-Straße (Annasäule); Klagenfurt jeden ersten Donnerstag im Monat – Treffpunkt 18:00 Uhr beim Lindwurm; Villach jeden zweiten Donnerstag im Monat – Treffpunkt 18:00 Uhr am Hans Gasser Platz; Linz jeden letzten Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Hauptplatz, Abfahrt 17:00 Uhr; Salzburg jeden letzten Freitag im Monat – Treffpunkt 17:00 Uhr im Kurpark vor dem Kongresshaus; <http://www.criticalmass.at/>

Platz der Menschenrechte Wien (neben MuQua), jeden Donnerstag ab 18 Uhr Kundgebung - Donnerstagsdemo. Info: hoog.at/redo, alle reDOs auf FB:

facebook.com/Friedensturm/events und Instagram: @reDonnerstag

Mahnwache immer mittwochs für den inhaftierten Wikileaks-Gründer Julian Assange 17-19 Uhr [ACHTUNG: Neuer Ort!] am Herbert-von-Karajan-Platz neben Oper, 1010 Wien. Info: candles4assangevienna@gmail.com - Zentrale Homepage für Assange für Aktionen in der EU ist: <https://www.frees Assange.eu>

Fast täglich: Omas gegen rechts von 10-16 Uhr beim Deserteursdenkmal am Ballhausplatz oder am Minoritenplatz, 1010, für Menschen in den Elendslagern am Rande Europas ab. Termine:

<https://omasgegenrechts.at>

SLP-Treffen: West Mo 18.30 Zypresse, Westbahnstraße 35, 1070; Brigittenau

1: Mi, 18:30 SLP-Büro, Pappenheimgasse 2/1, Brigittenau 2: Do, 18.30; www.slp.at, slp@slp.at.

Volkskundemuseum, Ausstellung bis 26.3.2023: Ölrausch und Huzulenkult - Fotografische Streitobjekte aus Galizien und der Bukowina. 1080 Laudong.15-19, Di - So 10 - 17h, Do 10 - 20h

ebenda, Ausstellung: Kämpfe der Umweltbewegung in Österreich: Von Zwentendorf zu CO 2, bis 26.3.2023

Bezirksmuseum Landstraße, bis Ende Februar 2 Ausstellungen über Jura Soyfer (110. Geburtstag) und Georg Eisler. 1030 Sechskrügelg.11

Der Verein KunstPlatzl lädt zur Ausstellung: Franz Pixner, Ernst Seymann, Helene Kluger-Langer: Kunstwerke und biografische Tafeln: VÄTER TÖCHTER, vom 1.-31. März 2023 im GB*Stadtteilbüro, 1020 Max-Winterplatz Nr. 23 (direkt im Park). Wir möchten mit dem Reinerlös des Verkaufs von Bildern, Büchern und einer Spendensammlung zur Renovierung des Freiheitskämpferdenkmals von Franz Pixner am Friedhof Atzgersdorf beitragen. Infos <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Freiheitsk%C3%A4mpferdenkmal>

Donnerstag, 23.2.

Wien, Ballhausplatz, 18 Uhr, Friedenskundgebung & Lichtprojektion "Peace is our Victory": Ein Jahr Krieg in der Ukraine. Kundgebung, Mahnwache, Demonstration, Forderungen an Politiker*innen: Rückkehr an den Verhandlungstisch, Waffenstillstand, Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Veranstaltet von: Partei der Europäischen Linken. Am 23. und 24. Februar findet in Wien die alljährliche Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Es ist dies eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen Parlamentarier*innen, Politiker*innen und Diplomaten*innen zusammenkommen können, um Wege zur Beendigung des Kriegs zu finden.

Zentralfriedhof, Denkmal für die Opfer des 1. Weltkriegs, Treffpunkt um 10 Uhr, Gruppe 91, zwischen den Toren 9 und 11 - entlang der Friedhofsmauer. Generation Plus Österreich

Linz, 15 Uhr, Schillerpark beim Friedensdenkmal: Mahnwache & Marsch für Frieden und Klimagerechtigkeit. Kooperation statt Konfrontation! Völkerrecht statt Faustrecht! Abrüstung

statt Aufrüstung! Unterstützende Organisationen: Solidarwerkstatt Österreich, Pax Christi OÖ, Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung OÖ, Extinction Rebellion OÖ, Südwind OÖ, Sozialistische Jugend OÖ, Alternative und Grüne GewerkschafterInnen OÖ, Die Grünen Generation plus OÖ

Linz, Gasthaus Alte Welt, 18h, ISA-Treffen: "Wer war Clara Zetkin? Sozialistischer Feminismus im 20. Jahrhundert. Hauptplatz 4

Freitag, 24.2.

Heldenplatz, Erzherzog Karl Denkmal, 12 bis 14 Uhr Mahnwache: 1 Jahr völkerrechtswidriger Einmarsch der russischen Truppen in der Ukraine. Unser Sieg ist Frieden! – Die Waffen nieder! Sofortige diplomatische Initiativen! Militärblöcke spalten – Neutralität verbindet! Veranstaltet von: FriedensATT-TAC und anderen Gruppen aus dem AbFaNG-Bündnis

Sigmund Freud Park/Votivkirche, 18h, Demonstration gegen den rechtsextremen Akademikerball: Faschos aus der Hofburg schmeißen! Trotz Liederbuch-Skandal und antisemitischer Ausfälle tanzen auch im Jahr 2023 deutschnationale Burschenschaftler und Rechtsextreme aus der ganzen Welt in der Wiener Hofburg auf, während sie von Russland über die Ukraine bis in die USA fast überall auf dem Vormarsch sind und zahlreiche Länder mit Kriegen überziehen. Mitten unter ihnen? Zahlreiche hohe Vertreter_innen der FPÖ.

Linz, 15 Uhr Schillerpark: Mahnwache und Friedensmarsch: Gemeinsam für Frieden und Klimagerechtigkeit. - Klimagerechtigkeit braucht Frieden! Frieden braucht Klimagerechtigkeit! Abrüstung statt Aufrüstung! Völkerrecht statt Faustrecht! Eine gemeinsame Aktion verschiedener Initiativen der Klima- und Friedensbewegung. Nächstes Vorbereitungstreffen am Mi, 15.2.2023, 18 Uhr, Veranstaltungsraum Waltherstraße 15

LINZ: Podiumsdiskussion: Frauenrechte weltweit organisiert von "Do It Yourself: Frauentag Linz" 17:30 / Restaurant Antebia (Magazingasse 11)

Graz, John Ogilvie Haus, 18h, Das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Gespräch & Lesung Karl Helmreich. Zinzendorfgasse 3, Eintritt: Spenden erbeten

Samstag, 25.2.

Seminar ab 13 Uhr: Antifa als Instrument der Herrschaft? Faschismus - aktuelles politisches Problem oder Nutzung durch die Eliten? Veranstaltung von Antiimperialistische Koordination (AIK), Willi Langthaler, Antiimperialist: Antifa als Herrschafts-Ideologie, Franz Sölkner, Palästinasolidarität: Der Antisemitismus und seine Nutzung heute, Thomas Zechner, Historiker: Antisemitismus in Österreich-Ungarn und seinen Nachfolgestaaten, Nadia Kovacs, Aktivistin: Von der Antifaschistischen Aktion zur Roten Fahne, Irina Vana, Soziologin: Nationalsozialismus historische Funktion und schwarzer Mythos. Thomas Oysmüller, Journalist: Die Neoliberalisierung der Linken am Beispiel Antifa. Albert F. Reiterer, Publizist: Der Faschismus als Klassen-Bewegung seinerzeit und heute Mittelklassen und Intellektuelle. Italien: Sonderfall oder Paradigma? 1090 Röggerg.24-26, Anmeldung aik@anti-imperialista.org

Sonntag, 26.2.

Frauenfrühstück mit KPÖ und Junge Linke um 11 Uhr: Gemeinsam verbringen wir bei Brötchen, Kuchen und Kaffee einen gemütlichen Vormittag mit Austausch und politischer Diskussion. Beim Frauenfrühstück kannst du andere politisch interessierte Frauen kennenlernen, dich vernetzen und künftige Aktionen besprechen. Die Veranstaltung ist offen für alle interessierten Frauen. Bring gerne auch deine Freundinnen mit! 1140 Drechslerg.42

Montag, 27.2.

Depot, 19h, Kunst und Demenz, Präsentation und Gespräch. 125 Millionen Menschen leiden weltweit unter Demenz, darunter 10 Millionen in Europa. Persönliche und gesellschaftliche Herausforderungen sind die Folge. Das Projekt DEMEDARTS erforscht Wahrnehmungsmuster und Handlungsmuster im Kontext einer alternden Gesellschaft.

Parlament, 18 - 20h, Abg. z. NR Georg Bürstmayr und der Grüne Parlamentsklub laden zum durchaus kontrovers diskutierten Film "Cops" im historischen Theophil Hansen Saal im neu renovierten Parlament ein. Gefolgt von einem Publikumsgespräch mit dem Produzenten Arash T. Riahi und WEGA Kommandant Oberst Ernst Albrecht. Um Anmeldung wird gebeten: gruenesicherheit@gruene.at

Volkskundemuseum, 18,30, Veranstaltung von Die Grünen Wien und Grüne

Bildungswerkstatt Wien: Zweierlinie: Studienpräsentation einer Jahrhundert-Chance. Die aktuellen U-Bahn-Bauarbeiten wurden von uns zum Anlass genommen, die Zweierlinie, eine der bekanntesten Straßenzüge Wiens, von renommierten Verkehrs- und Stadtplaner:innen völlig neu denken zu lassen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit einer exklusiven Führung durch die aktuelle Ausstellung "Von Zwentendorf zu CO2".

Linz, Gasthaus Alte Welt, 18h, ROSA-Treffen: Diskussion mit den Aktivistinnen von @catcallsolniz

Dienstag, 28.2.

Amerlinghaus, 19h, Filmabend von Frauen in Schwarz, 2 Dokumentarkurzfilme aus Gaza: Looking for Mouna und The Red Card. 1070 Stiftg.8

Parlament, 17 bis 19h, Veranstaltung von Ewa Ernst-Dziedzic und Gemeinwohlstiftung COMÚN: Zwangsarbeit heute – Ausstellung & Diskussion. Unsere Schaufenster sind voll mit Produkten aus Zwangsarbeit. Das Leid dahinter bleibt oft unsichtbar. Durch lange globale Lieferketten gelangen die Ausbeuter-Waren bis in unsere Regale. Die Europäische Kommission hat nun einen Entwurf vorgelegt, um den Import von Gütern, die mit Zwangsarbeit in Verbindung stehen, zu verbieten. Doch auch innerhalb der EU gehört Zwangsarbeit noch nicht der Vergangenheit an, wie wir z.B. mit einem Blick auf den Bereich Landwirtschaft feststellen müssen. Was können wir dagegen tun? Anmeldung an katrin.fallmann@gruene.at. Für den Zutritt zum Parlament muss ein Lichtbildausweis vorgezeigt werden.

Graz, KPÖ Bildungszentrum, ab 19h: Stell dir vor es ist Krieg – und keine:r geht hin...": Was einst für die Friedensbewegung mobilisierte, gilt manchen heute beinahe als Provokation. Der Krieg vor der Europäischen Haustür lässt im herrschenden medialen und politischen Diskurs antimilitaristische Positionen als naiv und unsolidarisch erscheinen. Lagergasse 98a

Donnerstag, 2.3.

Depot, 19h, Buchpräs.: Der Halle-Prozess: Am 9. Oktober 2019, dem jüdischen Feiertag Jom Kippur, griff ein Rechtsterrorist erst die Synagoge, dann einen nahegelegenen Dönerimbiss im deutschen Halle an der Saale an. Im Laufe seines Anschlags ermordete er zwei Menschen und verletzte und traumatisierte viele weitere in

Halle und Wiedersdorf. Der Gerichtsprozess gegen den Täter im Jahr 2020 wurde durch das Buch Der Halle-Prozess: Mitschriften umfangreich dokumentiert. 1070 Breite Gasse 3

Freitag, 3.3.

GEWALTFREIE KOMMUNIKATION - IM DIALOG BLEIBEN. mit Trainerin Dominique Kerschbaumer-de Valon: Freitag ab 15h, Sa von 9 - 17h, Versöhnungsbund, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien. 100 euro Teilnahmegebühr; Wie können wir einen Dialog trotz aller Gegensätze auf wertschätzende und konstruktive Weise führen? Die Methode der Gewaltfreien Kommunikation von M. Rosenberg unterstützt uns auf diesem Weg der friedlichen Begegnung mit Anderen. Voraussetzung: Besuch eines Einführungsseminars zur Gewaltfreien Kommunikation/Vorhandene Grundlagen. Anmeldung <https://www.versoehnungsbund.at>

Sigmund Freud Park/Votivkirche, 17h: Zuerst der Klimastreik und danach RadelnForFuture für eine echte Radwegoffensive 2023! Wir radeln durch die vernachlässigten Bezirke 6, 7 und 8. Für RadliebeWien, die nicht nur ein Slogan ist! Mobilitätswende jetzt!

Simmeringer Platz, 16 Uhr, Infotisch: Brot statt Panzer! Keine weitere Mietpreiserhöhungen. Automatische Anpassung der Löhne an die Inflation. Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten sozial gestaffelt nach Einkommen und Bedürftigkeit. Abschaffung des Merit-Order Systems. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel Weder Geld noch Unterstützung für den Krieg. Schluss mit den Sanktionen gegenüber Russland. Grundbedürfnisse decken statt Militärbudget erhöhen

Linz: Weltweiter Klimastreik, 12:07 / Hbf

Samstag, 4.3.

Vernissage Verein KunstPlatzl, ab 18h, zur Ausstellung: Väter - Töchter, Lichtbildvortrag von Sonja Frank, und Albert Hirl. 1020 Max-Winter-Platz 23, Anmeldung an kunstplatzl@a1.net, Infos <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Freiheitsk%C3%A4mpferdenkmal>

Montag, 7.3.

Cafe Raimann, 19h, 1.Wr.Lesetheater: Krieg und Frieden. 1120 Schönbrunner Str.285

Linz, Gasthaus Alte Welt, 18h, ROSA-

Treffen: "Wie organisieren wir uns im Kampf für Frauen- und LGBTQI+ Rechte?". Vorbereitungstreffen auf den Internationalen Frauentag. Hauptplatz 4

Dienstag, 8.3.

Frauentag - Demo und Veranstaltungen: Infos z.B. unter slp.at

Claim The Space & Feministisches Bloco Descolonial, 16h bis 17,30 von Biwi_Kefempom, Alerta Feminista Austria. Alle gegen Patriarchale Gewalt kämpfende, feministisch Streikende, uvm. Claim the Space ist ein Zusammenschluss von verschiedenen queer-feministischen Kollektiven und Einzelpersonen, die sich seit 2,5 Jahren gegen patriarchale Gewalt und Femi(ni)zide organisieren. Wir wollen Femi(ni)zide, als Morde an Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen (kurz FLINTA) benennen, und die gesellschaftlichen Strukturen, in denen diese verübt werden, sichtbar machen. 1160 Richard-Wagner-Platz. Danach gehen wir gemeinsam zur Demo von take back the streets am Yppenplatz!

Yppenplatz, 17h, Demo - internationaler feministischer Kampftag 2023, Take Back The Streets Demo und Kundgebung zum internationalen feministischen Kampftag am 8. März 2023: Wir wollen Selbstbestimmung über unsere Körper und ein Leben ohne Angst und Gewalt! 17:00 Start der Kundgebung am Yppenplatz, 18:00 Start des Demozugs, 19:30 Ankunft im Sigmund Freud Park, 21:00 Ende der Kundgebung und Auflösung.

Linz, Musiktheater, 16,30: DEMO zum Int. Frauentag - FEMALE SOLIDARITY. Veranstaltung von Frauenhaus Linz, mensch & arbeit.

Donnerstag, 9.3.

KZ Verband/VdA Wien, 18h, Lesung von Thomas Flierl zum Weltfrauentag! "Mach den Weg um Prinkipo, meine Gedanken werden Dich dabei begleiten!" Der Gefängnis-Briefwechsel 1941 bis 1945 der Eheleute Margarete Schütte-Lihotzky und Wilhelm Schütte. Wilhelm Schütte lehrte weiterhin in Istanbul an der Akademie der schönen Künste. Auch er leistete aktiven Widerstand gegen das NS-Regime. Thomas Flierl konnte den Briefwechsel der Eheleute 1941–1945 aufspüren, herausgegeben und kommentieren. Anhand des Briefwechsels und gestützt auf die Prozess-Akten im Bundesarchiv Berlin, auf Dokumente des Komintern Archivs in Moskau, auf

Akten des Britischen Militärgeheimdienstes in London, auf neuere Forschungen zum Widerstand der KPÖ jener Jahre sowie eigene Recherchen in der Türkei zeichnet der Autor in einem umfangreichen Nachwort das Leben von Margarete und Wilhelm Schütte zwischen 1937 und 1945 nach. 1020 Lassallestr. 40/2/2/6, Anmeldung unbedingt erforderlich! office@kz-verband-wien.at

Wiener Rathaus, 19h, Wiener Vorlesung - Die Zerstörung der Demokratie. Legitimationsmuster des Austrofaschismus. Wolfgang Maderthaler spricht darüber, wie sehr die fundamentale ökonomische Krise diese autoritäre Dynamik befeuerte und wie Engelbert Dollfuß die geführte Kampagne gegen Wien zum förmlichen Finanzkrieg erweiterte. Mehr als 300 Verordnungen wurden unter permanentem Verfassungsbruch erlassen, der Verfassungsgerichtshof lahmgelegt. Anmeldung: <https://ticket.wien.gv.at/M09/zerstoe-rung.demo/>

Parlament, 17h, Film und Diskussion mit Ensaf Haidar: Waiting for Raif. Zum Jahrestag der Freilassung des saudiarabischen Journalisten Raif Badawi zeigen wir den Dokumentarfilm von Luc Côté und Patricio Henriquez "Waiting for Raif" im Theophil Hansen Saal. Im Anschluss an die Filmvorführung wird Ensaf Haidar, die eigens aus Québec anreist, für ein Publikumsgespräch zur Verfügung stehen. Gefilmt über einen Zeitraum von acht Jahren, erzählt "Waiting for Raif" die tragische Geschichte einer Familie, die durch die Unnachgiebigkeit der saudischen Monarchie auseinandergerissen wurde, und zeigt Ensaf Haidars inspirierenden Kampf um die Freilassung ihres Mannes, des eines politischen Gefangenen. 16:30Uhr Einlass

17:00Uhr Film, 18:20Uhr Publikums-gespräch, 19:00Uhr Ausklang und informeller Austausch. Anmeldung an: negar.roubani@gruene.at

Treffen um 18h, "Soziales Bündnis für Frieden und Neutralität", 1160 Familienplatz 6

Freitag, 10.3.

Salzburg, Jazzit-Musik-Club, 20h, Veranst. KPÖ Plus: Fest zum internationalen Frauentag. Eintritt frei, aber Männer zahlen bitte 5 Euro Solidaritäts-Beitrag

Samstag, 11.3.

Albert's Bücherlager, 19h, Reinhart

SELLNER Duo - "Walk on". Von gestern nach heute nach morgen. Lieberlich-Bluesiges aus Wien & Ottensheim. Bitte um Anmeldung unter: buecherlager@gmx.at, 1120 Aichholzg.19

Dienstag, 14.3.

Depot, 19h, GehDenken! Vorträge, Diskussionen mit Zeitzeuginnen. In Koop. mit dem Verein Gedenkdienst, 1070 Breite Gasse 3

Mittwoch, 15.3.

ÖGB-Haus, 18.30 Uhr: 1933 - 1938 - 2023; 90 Jahre Ausschaltung des Parlaments – 85 Jahre Auslöschung Österreichs und Krieg. Die Lehre daraus - Österreichs Neutralität. Heute gilt umso mehr: Für unsere Demokratie eintreten, für Frieden und Neutralität! Nie wieder KRIEG! Podiumsdiskussion u.a. mit: Univ. Prof. Heinz Gärtner. 1020 U2/Station Donaumarina

Donnerstag, 16.3.

Volkskundemuseum, 18h, Gespräch: Ukrainische Nationalisierungsbestrebungen zwischen den Imperien. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts begannen sich ruthenisch-ukrainische nationale Projekte in der Habsburgermonarchie und im Russländischen Reich auszubilden. Infos unter www.volkskundemuseum.at/termine, 1080 Laudong.15-19

Aktionsradius, 19h, ein Geburtstagsabend mit Film, Gespräch und Ausklang: Bodo Hell 2023 - zum 80. Geburtstag. 1200 Gaußplatz 11, Eintritt freie Spende.

Freitag, 17.3.

AUGE/UG- Büro, 15 Uhr, Lesung von Jeanette Mayrhofer-Berger: Moritz Margulies - eine Kunde meiner Existenz. 1957 beginnt Moritz Margulies, seinem Freund aus Czernowitzer Kindheitstagen Briefe zu schreiben, in denen er mit klarem Blick und erstaunlichem Humor sein abenteuerliches Leben bis zur Flucht aus einem französischen Lager für Widerstandskämpfer 1944 erzählt. 2018 findet seine Tochter die Briefe in einem Koffer auf dem Dachboden, ein unschätzbare Dokument aus dem "Zeitalter der Extreme". Um Anmeldung wird gebeten: Renate.sassmann@chello.at, 1040 Belvedereg.10/1

Internationale ROSA-Konferenz in Wien, bis 19.3.: Austausch, internationale Solidarität und Debatten über: den revolutionären Prozess in Iran, Streikbewegungen weltweit, Angriffe auf Abtreibungsrechte, Kämpfe gegen Sexismus und Preisexplosionen, Alternativen zu Patriarchat und Kapitalismus, Redner*innen aus verschiedenen Ländern. Wielandgasse 2, 1100, Sa. 10:00 Uhr bis So. 18 Uhr. Mehr Infos zu Preisen und Anmeldung? <https://linktr.ee/rosainternational> - Ansonsten Info: slp@slp.at

Martinsschlössl, 14h, Permanenter Ausnahmezustand? Symposion der Initiative "Demokratie und Grundrechte", von der Pandemie in die Energiekrise. Podiumsdiskussion - Covid-19: Ein großer Umbruch. . Es diskutieren: Andrea Komlosy, Tove Soiland, Claudia Behrens, Jan David Zimmermann. Anschl. 2 Arbeitskreise, ab 17,30 Podi-

umdisk.: Frieren für den Krieg"? Energiefrage. Es diskutieren: Helmut Sauseng, Ernst Hammel, Willi Langthaler, Shirin Ot, Günther Greindl. Moderation: Hannes Hofbauer. 1180 Martinstr. 18

Montag, 20.3.

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, 19h: AUS WIDERSTAND UND SOLIDARITÄT, Vorgeschichte und Gründung der Volkshilfe. Kann man aus der Geschichte lernen? 1190 Armbrustergasse 15, Anmeldung: www.kreisky-forum.org

Dienstag, 21.3.

Depot, 19h, feminismen Disk: Frauenbilder in der Neuen Rechten. 1070 Breite Gasse 3

Donnerstag, 23.3.

Depot, 19h, Buchpräs.: Vagabondage. Vagabondage – eine soziale Bewegung aus Not, eine grenzüberschreitende Suche nach Freiheit oder ein Konzept, das die Kunst wie die Theorie beflügelt: Im Band Vagabondage werden all diese historischen und zeitgenössischen Facetten des Vagabundierens in Wien beleuchtet.

Freitag, 31.3.

GB Stadtteilbüro, Finissage der Ausstellung: Väter - Töchter. Ab 18h Einleitend Konstantin Kaiser, Theodor Kramer Gesellschaft, Lichtbildvortrag Vortrag "Väter - Töchter" von Sonja Frank und Susanna C. Schwarz-Aschner. 1020 Max-Winter-Platz 23, Pavillon direkt im Park, Anmeldung unter kunstplatzl@a1.net

Petition: Freiheit & Gerechtigkeit für Julian H.

Ziel einer Kampagne auf openpetition.eu ist Freiheit und Gerechtigkeit für Julian Hessenthaler

Hessenthaler ist der Produzent des IBIZA-Videos, dem wir u.a. das Ende der türkis-blauen Regierung verdanken. Das IBIZA-Video markierte einen Einschnitt in die jüngere österreichische Geschichte. Das Video gab bedrückende Einblicke in beachtliche moralische Defizite und emotionale Verwüstungen eines Teils der politischen Klasse Österreichs. Das Video war auch der Auslöser des Rücktritts von Sebastian Kurz, einem jener "Ausnahmetalente" Österreichs (wie etwa auch Jörg Haider in Kärnten), die Österreich regelmäßig mit erheblichem Kollateralschaden heimsuchen.

Was ist Hessenthaler widerfahren?

Begonnen hat es mit einem europäischen Haftbefehl und mit in diesem Fall unverhältnismäßigen

Fahndungsmethoden und der Auslieferung von Julian Hessenthaler von Deutschland an die österreichische Justiz. In einem gefinkelten Justiz-Verfahren (mit befangenen und unfähigen Polizist:innen und mit Zeug:innen aus dem Drogenmilieu, die zuvor aus dem Umfeld des Glücksspielkonzerns Novomatic erhebliche Geldsummen erhalten haben) wird Julian Hessenthaler zu einem politischen Gefangenen. Gegenüber fragwürdigen Zeugen unkritische Richter verurteilen Hessenthaler zu dreieinhalb Jahren Haft.

Über das Verfahren gab es im Standard und im Falter sowie in der Süddeutschen Zeitung und im Spiegel eine ausführliche Berichterstattung, die allesamt Zweifel an dem Verfahren und seiner fragwürdigen rechtlichen Grundlage äußerten. Amnesty International äußerte Vorbehalte gegenüber dem Vorgehen der österreichischen Justiz.

Aufgrund der politischen Bedeutung des IBIZA-Videos lässt sich das ganze Vorgehen nur als Rachefeldzug jener politischen Kreise verstehen, die bis in die Ermittlungsbehörden und in den Justizapparat reichen. Es sind dieselben, die für die im IBZIA-Video zu Tage getretene politisch Unkultur maßgeblich verantwortlich sind.

(Petitionstext/gek.)

Petition: <https://www.openpetition.eu/at/petition/online/freiheit-gerechtigkeit-fuer-julian-hessenthaler>

Homepage: <https://www.free-julian-hessenthaler.net/>

Näheres zum Prozeß auch unter: <https://zackzack.at/2022/03/30/hessenthaler-es-kann-jeden-treffen>

Was genau will uns damit die Kronen-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 14. Februar sagen?

Koalition: Hier hat es gefunkt

Valentinstag: Neben dem Langzeit-Polit-Paar Sigi Maurer und August Wöginger hegen Johannes Rauch und Florian Tursky sowie Kogler und Nehammer Sympathien füreinander

Sie wurde schon oft gesagt. Doch das Band der Sympathie ist in der Regierung stärker, als manche glauben. Valentinstagsgeschenke werden zwar keine verteilt, aber es entstehen immer wieder neue interessante Paarungen – etwa **Johannes Rauch** (Grüne) und **Florian Tursky** (ÖVP). Ihre Mission: die Digitalisierung des Gesundheitssystems. „Er ist einer, der was umsetzen will und nicht nur darüber plaudert, sondern arbeitet“, streut Johannes Rauch dem Digitalisierungsstaatssekretär Rosen. Die beiden Politiker trennt nicht nur die Ideologie, sondern ein Altersabstand von 30 Jahren.

Trotzdem funktioniert es. Auf der Dienstreise in Finnland zwickte sich die West-Achse in der Regierung extra zwei Stunden ab, um gemeinsam das Langlaufen auszuprobieren.

Den Kitt in der Regierung bildet die Achse zwischen Kanzler **Karl Nehammer** und Vizekanzler **Werner Kogler**. Beide sind Pragmatiker, beide legen Wert auf Hand-schlagqualität. Vertrauen – so lautet ihr Elixier. Die „Koalitionskleber“ sind die beiden Klubchefs **Sigi Maurer**



- 1 Koalitionskleber: Kanzler Karl Nehammer und Vize Werner Kogler vertrauen einander.
- 2 Seit vier Jahren hält ihre Polit-Partnerschaft schon: Sigi Maurer und August Wöginger.
- 3 Ideologisch weit auseinander, aber Gewessler flog mit Nehammer sogar nach Abu Dhabi.
- 4 Johannes Rauch (Grüne) und Florian Tursky (ÖVP) gingen in Finnland langlaufen.
- 5 Alma Zadić und Susanne Raab tauschen sich über Doppelbelastung Kind und Job öfters aus.

und **August Wöginger**. „Egal, wie schwierig die Hürden sind, die beiden finden immer einen Konsens“, so ein Insider. Die Ministerinnen **Alma Zadić** und **Susanne**

Raab eint die Mehrfachbelastung mit Kleinkind und Ministerjob. Dazu tauschen sie sich oft aus. Überraschend ist die Synergie zwischen **Nehammer** und **Leonore Ge-**

wessler. In der Energiekrise hat Nehammer sie von einigen Tabubrüchen überzeugt. Die Umweltministerin flog mit ihm sogar nach Abu Dhabi und Katar. **IM**

VORSICHT: kleingedrucktes
Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionssmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: „akin“ bedeutet einen Eigenbericht, „bearb.“ bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, „gek.“ bezeichnet reine Kürzungen.
Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mittelmäßig enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der Akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.
Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen eine Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausengasse 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - <http://archivhomepage> <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter [@akinmagazin](https://twitter.com/akinmagazin) - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW

Fotos: Chris, www.picturedesk.com (4)